

- Keck, Andreas:** Alles im System? Ein kritischer Beitrag zur Systemtheorie. In: Soziale Arbeit 1/2007, S. 22-25
- Kirchner, Andreas:** Die Systemtheorie und der Mensch. Alles im System beschreibbar: Anmerkungen zu einer theoretischen Debatte. In: Soziale Arbeit 10/2007, S. 378-384
- Kleve, Heiko:** Unsystematisch systemisch: Soziale Arbeit als widersprüchliche Profession und Disziplin. In: Soziale Arbeit 1/2007, S. 25-27
- Kuhn, Thomas:** Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt am Main 1967
- Luhmann, Niklas:** Soziale Systeme, Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main 1984
- Luhmann, Niklas:** Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft. Opladen 1986
- Luhmann, Niklas:** Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main 1998
- Lyotard, Jean-François:** Der Widerstreit. München 1989
- Mittelstraß, Jürgen:** Transdisziplinarität – wissenschaftliche Zukunft und institutionelle Wirklichkeit. Konstanz 2003
- Rorty, Richard:** Kontingenz, Ironie und Solidarität. Frankfurt am Main 1991
- Watzlawick, Paul u. a.:** Lösungen. Zur Theorie und Praxis menschlichen Wandels. Bern 1974
- Wittgenstein, Ludwig:** Philosophische Untersuchungen. In: Werkausgabe Band 1. Frankfurt am Main 1984, S. 225-580

► Allgemeines

Aktionsprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen, und der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Frank-J. Weise, erklärten gemeinsam zum Weltfrauentag 2008 den Beginn einer breit angelegten Initiative zur Unterstützung von Frauen, die familienbedingt mehrere Jahre aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind und jetzt wieder in eine Erwerbstätigkeit einsteigen wollen. Das Programm des Bundesfamilienministeriums fußt auf drei Säulen. Neben einem gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit speziell für Wiedereinsteigerinnen entwickelten Internetportal wird es ein mit 14 Mio. Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds ausgestattetes Budget für Projekte mit der Wirtschaft geben, die neue Wege für eine bessere Integration von Berufsrückkehrerinnen erproben. Um rasch in der Breite Wirkung zu erzielen, sind zudem einige auf lokaler Ebene und in der Fläche verankerte Strukturen wie die Lokalen Bündnisse für Familie, die Mehrgenerationenhäuser oder das Bundesprogramm Lokales Kapital für Soziale Zwecke in das Aktionsprogramm einbezogen. Sie sollen künftig im Rahmen ihrer jeweiligen Angebotspalette spezifische Schwerpunkte für die Zielgruppe der Wiedereinsteigerinnen setzen. Im Jahresdurchschnitt 2007 waren bei den Arbeitsagenturen rund 60 000 Berufsrückkehrerinnen (und 600 Männer) arbeitslos gemeldet. Das waren knapp 9 % aller arbeitslos gemeldeten Frauen im Rechtskreis des Sozialgesetzbuches III. Nach einer im Jahr 2006 durchgeführten Befragung sind 80 % von ihnen unter 40 Jahre und 25 % unter 30 Jahre alt. 87 % der Befragten haben eine abgeschlossene formale Ausbildung, und etwa die Hälfte der Frauen hat die Berufstätigkeit für maximal drei Jahre unterbrochen. Ein Drittel der Rückkehrerinnen hat während der Elternzeit zusätzliche Kenntnisse erworben, etwa durch einen Minijob, durch Volkshochschulkurse, durch Mithilfe im Betrieb oder durch das Schreiben einer Doktorarbeit. *Quelle: Pressemitteilung 270/2008 des BMFSFJ vom 7. März 2008*

Bürgerschaftliches Engagement und Organisationsentwicklung der Verbände.

Von Rainer Sprengel. Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2007, 44 S., keine Preisangabe *DZI-D-8157*

Die gemeinnützigen Verbände haben im Zuge einer zunehmenden Dienstleistungsorientierung erhebliche ökonomische Herausforderungen und Wandlungsprozesse zu bewältigen. Gerade im Kontext betriebswirtschaftlicher Erfordernisse mag es verwunderlich erscheinen, das bürgerschaftliche Engagement ins Spiel zu bringen, dem in der Betriebswirtschaft kein besonders hoher Stellenwert eingeräumt wird. In der Organisationsentwicklung der Verbände jedoch ist das freiwillige Engagement ein wichtiger Bestandteil. Aus diesem Grunde zentriert sich die vorliegende Analyse auf diejenigen Verbände, deren Mit-

gliedsorganisationen dem Ehrenamt eine große Bedeutung beimessen. Zunächst geht es um die Frage, in welcher Weise die Verbände auf die ökonomischen Herausforderungen reagieren. In diesem Zusammenhang wird dann die Organisationsentwicklung betrachtet, also jene Managementsysteme, die den Prozess der Anpassung einer Organisation an interne oder externe Anforderungen verbessern sollen. Abschließend folgen Vorschläge, wie die Organisationsentwicklung der Verbände im Sinne einer Förderung des bürgerschaftlichen Engagements verbessert werden kann. Bestellanschrift: Friedrich-Ebert-Stiftung, 53170 Bonn

Mehrsprachige Faltblätter zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. Die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung hat das Faltblatt zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) jetzt auch in den Sprachen Türkisch, Russisch, Englisch und Französisch vorgelegt. Das Faltblatt enthält die wichtigsten Informationen zum AGG und beantwortet Fragen wie: Was ist eine Diskriminierung? Welche Rechte habe ich als Beschäftigte, als Beschäftigter? Wo finde ich Rat und Hilfe im Diskriminierungsfall? Die AGG-Faltblätter können über die Broschürenstelle der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (broschuerenstelle@senias.berlin.de) oder unter der Telefonnummer 030/90 28-28 48 bestellt werden. *Quelle: Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin vom 5. März 2008*

► Soziales

Zuwachs an Hartz-IV-Klagen bleibt konstant. Drei Jahre nach dem Start der Arbeitsmarktreform Hartz IV reißt der Strom der Klagen vor den deutschen Sozialgerichten nicht ab. Nach Angaben des Bundessozialgerichts (BSG) sind im vergangenen Jahr in der ersten Instanz 153 858 Klagen im Zusammenhang mit Hartz IV eingegangen. Das seien gut 37 000 Fälle oder 32 % mehr als im Vorjahr. Damit liegt der Zuwachs der Klagen nur wenig unter dem Plus von knapp 40 000 im Jahr zuvor. „Die Kurve geht langsam auf den Zenit zu, aber eine kurzfristige Schwächung der Tendenz ist keinesfalls feststellbar“, sagte der BSG-Präsident Peter Masuch. Jeder dritte Fall vor dem BSG beziehe sich auf den Themenkreis von Hartz IV. *Quelle: VdK Zeitung 3.2008*

„Lebenslügen“. Wer über den Sozialstaat schlecht redet – verrechnet sich. Hrg. Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen. Selbstverlag. Düsseldorf 2007, 48 S., kostenlos *DZI-D-8241*

Dieser Sammelband enthält die Redebeiträge zum ersten Sozialen Forum, das im November 2006 vom VdK Landesverband durchgeführt wurde. Thema war die zunehmende Infragestellung des Sozialstaates, der aufgrund der demographischen Entwicklung und der Krisenbewältigungsstrategien der Unternehmen vor neuen Herausforderungen stehe. Deutschland habe sich sozialpolitisch zurückentwickelt. Die Beiträge beleuchten vor allem Bereiche wie die Gesundheitsversorgung und die Sozialversicherung, wobei auch die Bedeutung der Europäischen Union für die Gesundheitspolitik herausgestellt wird. Im Einzelnen plädieren die Autoren unter anderem für eine Wiederbelebung der Wohlfahrtsstaatlichkeit und eine Verzahnung

der Sozial- und Gesundheitspolitik. Bestelladresse: Sozialverband VdK NRW e.V., Postfach 10 51 42, 40042 Düsseldorf

Persönliches Budget gilt auch in der Unfallversicherung. Das Persönliche Budget wurde zum 1. Januar 2008 auch in der gesetzlichen Unfallversicherung eingeführt. Auf Antrag können Versicherte statt einer Sachleistung zur Rehabilitation eine Geldleistung erhalten, mit der sie ihre Unterstützung selbst bezahlen. Die Betroffenen können damit mehr als bisher die Auswahl von Hilfsmitteln, Pflegediensten und anderen Dienstleistungen selbst bestimmen. Zuvor erhielten Versicherte zum Beispiel einen Rollstuhl direkt als Sachleistung von ihrer Berufsgenossenschaft oder Unfallkasse. Beim Persönlichen Budget zahlen die Unfallversicherungsträger den Versicherten stattdessen einen Geldbetrag, mit dem sie die entsprechende Leistung eigenverantwortlich einkaufen können. *Quelle: die BG 1.2008*

Strom- und Unterkunftskosten. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI) begrüßt die mit dem Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom 27. Februar 2008 erfolgte Klarstellung zum Umgang mit Kosten für Warmwasserbereitung und Strom bei Hartz IV. Der Dachverband BAG-SHI ruft die Betroffenen gleichzeitig dazu auf, Widerspruch einzulegen, um so ihre geltenden Bescheide überprüfen zu lassen. Die in vielen Kommunen vorherrschende Praxis, von Sozialleistungen pauschal festgelegte Prozentwerte der Wohnkosten für Strom und Warmwasserbereitung abzuziehen, ist nach dem Urteil des BSG nicht mehr rechtmäßig. Es stellte in seinem Urteil fest, dass die monatlichen Abzüge für Haushaltsenergie, die von den Betroffenen zu tragen seien, 20,74 Euro im Monat nicht übersteigen dürfen (Verfahren: B 14/7b AS 64/06 R). Den Betroffenen werde auch geraten, nach § 44 Sozialgesetzbuch X einen Antrag auf „Rücknahme eines rechtswidrig nicht begünstigenden Verwaltungsaktes“ zu stellen. Da aufgrund des Urteils des Bundessozialgerichts damit zu rechnen sei, dass viele Kommunen jahrelang aufgrund falscher Rechtsauslegung zu niedrige Unterkunftskosten geleistet haben, sind die Bescheide auch für die Vergangenheit aufzuheben und neu zu berechnen. Den Betroffenen müssen die ihnen vorerhaltenen Leistungen ausgezahlt werden. Entsprechende Informationen und Handlungshilfen wird die BAG-SHI bis Anfang kommender Woche auf ihrer Homepage www.bag-shi.de bereitstellen. *Quelle: Pressemitteilung der BAG SHI vom 28. Februar 2008*

► Gesundheit

Pflegebegleiter. Das bundesweite Projekt „Pflegerbegleiter – Freiwillige begleiten pflegende Angehörige“ wurde im Jahr 2003 begonnen und endet in diesem Jahr. Finanziert wird es von den Spitzenverbänden der Pflegekassen unter Federführung des Verbandes der Angestelltenkrankenkassen im Rahmen des Modellprogramms zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung nach § 8 Abs. 3 Sozialgesetzbuch XI. Das Modell ist beim Forschungsinstitut Geragogik in Witten/Viersen angesiedelt. Die wissenschaftliche Begleitung hat das Institut für Angewandte Forschung, Entwicklung und Weiterbildung an der Katholischen Fachhochschule in Freiburg übernommen. Vier Regionalbüros

sind für die Projektentwicklung in den Bundesländern verantwortlich. An 100 Standorten wird das Projekt derzeit umgesetzt. Insgesamt sind 1 329 Pflegebegleiterinnen und -begleiter (90 % Frauen) ausgebildet worden; die meisten von ihnen unterstützen bereits pflegende Angehörige. Etwa 60 % von ihnen verfügen über eigene Pflegeerfahrung und sind zwischen 50 und 75 Jahre alt. *Quelle: Sozialcourage 1.2008*

Nichtraucherschutz kommt besonders behinderten Menschen zugute. Die neuen Regelungen für den Nichtraucherschutz bringen auch Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen erhebliche Erleichterungen. Vor allem für Menschen mit Atemwegserkrankungen, Allergien oder Augenentzündungen bedeuten die neuen Regelungen neben den gesundheitlichen Aspekten des Nichtrauchschutzes auch deutlich mehr Lebensqualität. „Für viele behinderte und chronisch kranke Menschen waren die bisherigen Belastungen durch das Rauchen in öffentlichen Gebäuden und Gaststätten oft ein Grund, eine Gaststätte oder Veranstaltung gar nicht erst zu besuchen. Das neue Nichtraucherschutzgesetz ist für sie ein großer Fortschritt“, so der rheinland-pfälzische Landesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen Ottmar Miles-Paul. Dass ein konsequenter Nichtraucherschutz auch aus allgemeiner gesundheitspolitischer Sicht sinnvoll und notwendig ist, zeigen im Übrigen aktuelle Studien aus Italien. Dort hat das seit drei Jahren geltende Rauchverbot dazu geführt, dass die Zahl der Herzinfarkte drastisch gesunken ist. *Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz vom 27. Februar 2008*

Prävention und Gesundheitserziehung in Kanada. In Angelegenheiten der Prävention und Gesundheitserziehung sind kompetente Laien offenbar erfolgreicher als Medizinerinnen und Mediziner, zumindest wenn es um schwer erreichbare und sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen geht: Eine Studie der Canadian Health Services Research Foundation zeigte, dass durch den Einsatz geschulter Laienhelfer und -helferinnen (incorporate lay health workers) die Immunisierungs- und Stillquoten maßgeblich verbessert wurden, was für höhere Erfolgsquoten sorgte als der Einsatz von Medizinern oder professionellen Gesundheitsberatern. Die Erklärung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist so banal wie richtungsweisend. Weil die Laien zumeist ein besseres Verständnis für den sozialen oder kulturellen Hintergrund der Zielgruppe hätten, könnten sie die verhaltensorientierten medizinischen Informationen offenbar besser vermitteln als professionelle Versorgende es tun. *Quelle: Die BKK 2.2008*

Palliativ-Pflege-Kurse. Damit schwerstkranke Menschen ihre letzten Wochen möglichst schmerzfrei erleben und würdig Abschied nehmen können, haben die fünf Diözesan-Caritasverbände in Nordrhein-Westfalen seit dem Jahr 2000 bereits 300 Pflegemitarbeiterinnen und -mitarbeiter in „Palliative Care“ ausgebildet. Dies ist ein Ansatz zur Verbesserung der Lebensqualität, der durch Lindern der Leiden, durch Behandlung von Schmerzen und durch Hilfen bei Beschwerden körperlicher, seelischer und spiritueller Art verwirklicht werden kann. Bewährt hat sich insbesondere die gemeinsame Ausbildung von Pflegemit-

arbeitenden aus Krankenhäusern, Altenheimen, Sozialstationen und Hospizen. Eine starke Nachfrage erleben die Kurse vor allem deshalb, weil Palliativpflege seit dem letzten Jahr auch in der ambulanten Versorgung möglich ist. *Quelle: caritas in NRW Aktuell 2.2008*

► Jugend und Familie

Nummer gegen Kummer. Anonyme fachkundige Beratung für Kinder, Jugendliche und Eltern hat in Deutschland Konjunktur. Das ist ein zentrales Ergebnis einer Studie, die der Verein „Nummer gegen Kummer“ unter dem Dach des Kinderschutzbundes im Dezember 2007 vorstellte. Klaus Hurrelmann, Professor für Sozial- und Gesundheitswissenschaften (Universität Bielefeld) und Mitautor der Studie, sieht vor allem im unverfälschten Blick auf die Lebenswirklichkeit von Kindern, Jugendlichen und Eltern den eigentlichen Wert der Untersuchung: „Anders als die durch Interviewer gesteuerten und vermittelten Befragungen melden sich hier die Ratsuchenden auf eigene Initiative. So können ihre Fragen und Probleme authentisch erfasst werden.“ Hier zeigt sich eine enorme Bandbreite an Sorgen und Nöten. Am Kinder- und Jugendtelefon werden alle denkbaren Entwicklungsprobleme angesprochen. Mädchen beschäftigen sich laut der Erhebung häufig mit Fragen, die ihr soziales Umfeld betreffen, etwa „Partnerschaft und Liebe“ mit 35 % (Jungen 24 %). Bei männlichen Jugendlichen ist die „Sexualität“ mit 30 % vorrangiges Thema (Mädchen 20 %). Mit vielen Details verdeutlicht die Studie nicht nur Fragen und Probleme junger Heranwachsender und ihrer Eltern, sondern stellt diese auch in einen gesellschaftlichen Zusammenhang. Internet: www.nummergegenkummer.de. *Quelle: Kinderschutz aktuell KSA 1.2008*

Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD).

Hrsg. Heinz Kindler und andere. Deutsches Jugendinstitut e.V. München 2006, ca. 800 S., keine Preisangabe *DZI-D-8066*

Die Arbeit mit Fällen einer möglichen oder belegten Kindeswohlgefährdung hält eine große Anzahl an fachlichen und menschlichen Herausforderungen bereit. So dient das vorliegende Handbuch der Information und Unterstützung von Fachkräften, die sich mit Fragen von Kindeswohlgefährdung nach § 1666 Bürgerliches Gesetzbuch auseinandersetzen. Es richtet sich zudem an alle, die beruflich auf die eine oder andere Weise mit Problemen in diesem Zusammenhang konfrontiert sind. Hierfür wurde der verfügbare Forschungsstand umfassend aufbereitet. Einen Schwerpunkt bilden konkrete Hinweise, um die Einschätzungs- und Handlungssicherheit in der Praxis zu erhöhen. Außerdem nimmt das Buch auch auf viele generelle Fragen zum Thema Kindeswohlgefährdung Bezug, die auf über 800 Seiten in komprimierter Weise von ausgewiesenen Expertinnen und Experten beantwortet werden. Die Erstellung des Handbuchs wurde gefördert vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Bestellanschrift: Deutsches Jugendinstitut e.V., z. Hd. Herrn Blüml, Nockherstraße 2, 81541 München

Unfallschutz zum Nachschlagen im Wissenslexikon Kindersicherheit. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Mehr Sicherheit für Kinder e.V. hat einen Ort im Internet geschaffen, an dem Antworten auf Fragen zum Unfallschutz für Kinder gesammelt werden: www.kindersicher

heit.de/wissen. Von A wie Absperrgitter bis Z wie Zaun liefert ein Lexikon Auskunft über Möglichkeiten der Unfallprävention bei Kindern in Heim und Freizeit. *Quelle: Mitteilung der BAG Mehr Sicherheit für Kinder e.V. vom 10. März 2008*

Landesjugendplan 2007/2008. Kinder- und Jugendpolitik des Landes (Durchführungsplan). Hrsg. Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz. Selbstverlag. Mainz 2007, 67 S., kostenlos *DZI-D-8138*

Die 15. Shell-Jugendstudie liefert wie auch schon die PISA-Studie den Beleg für die Schwierigkeiten von Jungen im gegenwärtigen Bildungssystem. Offensichtlich ist es bisher noch nicht in ausreichendem Maße gelungen, deren spezifische Bedürfnisse in den verschiedenen Bildungswelten des vorschulischen und außerschulischen Bereichs aufzugreifen und zielgruppenorientiert umzusetzen. Wegen der veränderten Rollenvorstellungen brauchen auch männliche Jugendliche Unterstützung bei der Entwicklung einer eigenen Identität. Aus diesem Grund liegt der Schwerpunkt für den Landesjugendplan 2007/2008 auf der Förderung der Jungenarbeit. Diese hat das Ziel, den Jungen vielfältige Perspektiven aufzuzeigen, eine Erweiterung ihres Erlebnis- und Handlungsspektrums zu ermöglichen und sie in ihrer Entwicklung und in ihrem Mannwerden zu begleiten. Im Landesjugendplan werden entsprechende Maßnahmen aus den Bereichen der Schule und der außerschulischen Jugendbildung vorgestellt. Bestelladresse: Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz, Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Mittlere Bleiche 61, 55116 Mainz, Tel.: 061 31/16 29-92, Fax: 061 31/16 29-97, E-Mail: poststelle@mbwjk.vlp.de

► Ausbildung und Beruf

Unfall im Job. Die Zahl der Arbeitsunfälle ist 2006 nach Jahren des Rückgangs erstmals wieder gestiegen. Wie aus einer Unterrichtung der Bundesregierung hervorgeht, erhöhte sich die Zahl meldepflichtiger Arbeitsunfälle im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr um rund 18 000 (plus 1,8 %). Bei den tödlichen Arbeitsunfällen wurde ein Anstieg um 9 % auf 941 verzeichnet. Die Regierung führt dies in ihrem „Bericht über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitsgeschehen“ auf den mit dem wirtschaftlichen Aufschwung verbundenen Zuwachs bei der Beschäftigtenzahl zurück. Mehr Menschen in Beschäftigung bedeuteten auch eine Erhöhung der absoluten Zahl der Unfälle. Eine aufmerksame Verfolgung der weiteren Entwicklung sei geboten. *Quelle: Das Parlament 8.2008*

Höhere Geldstrafe für Erzieherin. Eine Erzieherin gab einem vierjährigen Jungen ein 4,2 Meter langes Spielseil. Dann verlor sie das Kind aus den Augen. Der unbeaufsichtigte Junge legte sich das Seil um den Hals. Das Seilende verfang sich beim Rutschen und drückte dabei seinen Hals zu. Nach drei bis sieben Minuten trat der Tod des Jungen ein, zwei Mädchen entdeckten den leblosen Körper und alarmierten einen Erzieher. Die Erzieherin wurde Ende Dezember 2007 in einem Berufungsverfahren vom Landgericht Marburg wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe von 2 700 Euro verurteilt. *Quelle: newsletter des Deutschen Berufsverbands Soziale Arbeit 3.2008*

Tagungskalender

16.-17.5.2008 Berlin. Internationales Symposium: Gender – Trauma – Sucht. Information: Alice-Salomon-Hochschule Berlin, Veranstaltungsmanagement, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, Tel.: 030/992 45-335, E-Mail: treder@asfh-berlin.de, Internet: www.asfh-berlin.de

22.-24.5.2008 Wien. 17. Internationaler Heilpädagogischer Kongress: Pädagogik bei Vielfalt. Prävention, Intervention, Rehabilitation. Veranstalter: Heilpädagogische Gesellschaft Österreich. Information und Anmeldung: www.heilpaedagogischerkongress08.info

30.5.2008 Berlin. Seminar: Alles nicht so einfach – Konfliktfelder in der Freiwilligenarbeit. Information: Paritätische Akademie, Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Tel.: 030/246 36-443, E-Mail: kant@akademie.org

14.-15.6.2008 Berlin. Fachtagung: Beratung im Wandel. Information: Institut Triangel e.V., Horstweg 35, 14059 Berlin, Tel.: 030/32 60 93-28, E-Mail: info@Institut-Triangel.de

16.-18.6.2008 Mainz. Seminar: Teamentwicklung: systemisch lösungsorientiert. Information: Katholische Fachhochschule Mainz, Institut für Fort- und Weiterbildung, Saarstraße 3, 55122 Mainz, Tel. 061 31/289 44-43, E-Mail: ifw@kfh-mainz.de

16.-18.6.2008 Heidelberg. 21. Heidelberger Kongress: Lebensalter, Suchtformen und Behandlungspraxis. Veranstalter: Fachverband Sucht e.V., Walramstraße 3, 53175 Bonn, Tel. 02 28/26 15 55, E-Mail: u.reingen@sucht.de

17.6.2008 Bremen. Tagung: Programmierte Frauenarmut? Armutsrisiken von Frauen im Lebensverlauf: Problemanalysen und Lösungsstrategien. Information und Anmeldung: Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen, Internet: zes.uni-bremen.de/frauenarmut

23.-26.6.2008 Weingarten. Seminar: Erfolgreich Veränderungsprojekte moderieren. Werkzeuge aus Moderation und Prozessberatung für das Veränderungsmanagement. Information: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Tagungshaus Weingarten, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten (Oberschwaben), Tel. 07 51/56 86-0, E-Mail: weingarten@akademie-rs.de

4.-5.7.2008 Heidelberg. Symposium: ADHS – Kritische Wissenschaft und therapeutische Kunst. Veranstalter: Systemisches Seminar Heidelberg, Häusserstraße 5, 69115 Heidelberg, Tel. 062 21/16 22 24, E-Mail: info@syshd.de

17.-19.7.2008 Rostock-Warnemünde. 1. Sommer Akademie: Qualifizieren und Regenerieren. Anmeldung: Institut Rostock, Doberaner Straße 156, 18057 Rostock, Tel. 03 81/ 857 70 58, E-Mail: rostock@afp-info.de